



Post aus Berlin – September/ Oktober 2020

Liebe Freunde,

in der letzten Sitzungswoche im September haben wir uns im Deutschen Bundestag mit dem **Bundshaushalt 2021** beschäftigt. Vier Tage haben wir im Parlament in 1. Lesung beraten; nun geht es die nächsten Wochen weiter im Fachausschuss. Die Haushaltsberatungen lassen sich ohne Zweifel seit Anbeginn meiner Tätigkeit als arbeitsintensivste aber auch spannendste Zeit des Jahres beschreiben. Auch wenn sich der Schwerpunkt meiner Tätigkeit seit 2018 verlagert hat, so gilt es weiterhin, die Förder- und Unterstützungsmöglichkeiten des Bundes, insbesondere für künftige Wahlkreisprojekte, zu adressieren. Ein ausführliches Studium des Haushalts ist dabei unentbehrlich: Auf 3.238 Seiten stehen alle Einnahmen, Ausgaben und Investitionen, die der Bund im kommenden Jahr geplant hat.

Ein beeindruckendes Gesamtpaket, das uns vorliegt: Der Haushaltsplan 2021 umfasst rund 413 Milliarden EUR, mehr als die Hälfte entfällt dabei auf Sozialausgaben. Letzteres überrascht zunächst nicht, aber angesichts der Auswirkungen der Corona-Pandemie gilt es zusätzlich diese besonderen Rahmenbedingungen abzubilden: Erhebliche Steuerausfälle in Kombination mit einbrechenden Exporten gehen mit einem geringeren Bruttoinlandsprodukt einher. Mehr als erschwerte Bedingungen für die Erstellung des Zahlenwerks des Bundshaushalts! Wie gehen wir damit um?

Die kämpferische Leitlinie für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion lautet: **Deutschland soll stärker aus der Krise herauskommen, als es hineingeriet!**

Damit das gelingt, bedarf es einer breiten Investitionsoffensive. Schwerpunkte sind dabei nicht nur die Bereiche moderne Infrastruktur, sondern zukunftsfähige Technologien, Bildung und Forschung. Ganz oben stehen auf der Liste Investitionen in Künstliche Intelligenz, Wasserstofftechnologie, in Quantencomputing und nicht zuletzt in den neuen Mobilfunkstandard 5 G. Außerdem sieht sich der Bund bei der Unterstützung der Länder beim Thema Kinderbetreuung in der Verantwortung: Die Ganztagsbetreuung im Grundschulalter (Rechtsanspruch ab 2025) sowie ein verstärkter Ausbau der Kindertagesstätten sollen auf den Weg gebracht werden.

Die Investitionsausgaben belaufen sich nach derzeitigem Beratungsstand auf rund 55 Mrd. EUR.



Bildquelle: Büro Brackmann, Berlin



Zur Wahrheit gehört aber auch, dass dafür eine erhebliche Neuverschuldung erforderlich sein wird. Es gilt erneut die Sonderregelung der **Schuldenbremse** zu nutzen und – nach derzeitigem Stand – eine Nettokreditaufnahme von 96,2 Mrd. EUR zu verantworten.

Fest steht für die Union: **Wir wollen so schnell wie möglich zur normalen Schuldenbremsenregelung zurück, möglichst also schon mit dem Haushalt 2022!** Die Rückführung des über die normale Schuldentilgung hinausgehenden Anteils soll ab 2026 beginnend, über 17 Jahre erfolgen.

ische Notsituation“) erforderte und die Rückführung bereits ab 2023 erfolgen soll, wird das Eine deutlich: Die Haushaltslage des Bundes wird auf Jahre angespannt bleiben und der Weg der nächsten Bundesregierung erscheint zumindest in diesem Teil vorbestimmt. Denn wenn die umfangreichen Entlastungsmaßnahmen für Länder und Kommunen fort dauern sollen, dann bedarf es in der nächsten Legislaturperiode einer **konzertierten Konsolidierungsstrategie**: Wir werden „den Gürtel enger schnallen“ müssen aber es gibt auch die berechtigte Aussicht, restriktive Sparpakete zu vermeiden. Dazu gehört u.a. eine disziplinierte Ausgabenprüfung sowie eine ebenso kritische Betrachtung des weiteren Aufwuchses von gesetzlichen Verpflichtungen im Sozialbereich.

Verantwortliches Handeln ist einmal mehr das Gebot der Stunde: **Die Last der Gegenwart darf nicht zur dauerhaften Belastung für künftige Generation werden!**

ÜBERSICHT ZU DEN ECKDATEN DES HAUSHALTSENTWURFS					
	Soll	Entwurf	Finanzplan		
	2020	2021	2022	2023	2024
in Mrd. Euro					
Ausgaben	508,5	413,4	387,0	387,1	393,3
Veränderung ggü. Vorjahr in Prozent	+42,6	-18,7	-6,4	-	+1,6
Einnahmen	508,5	413,4	387,0	387,1	393,3
Steuereinnahmen	264,4	292,0	308,4	325,2	338,5
Nettokreditaufnahme	217,8	96,2	10,5	6,7	5,2

Quelle: Bundesministerium der Finanzen

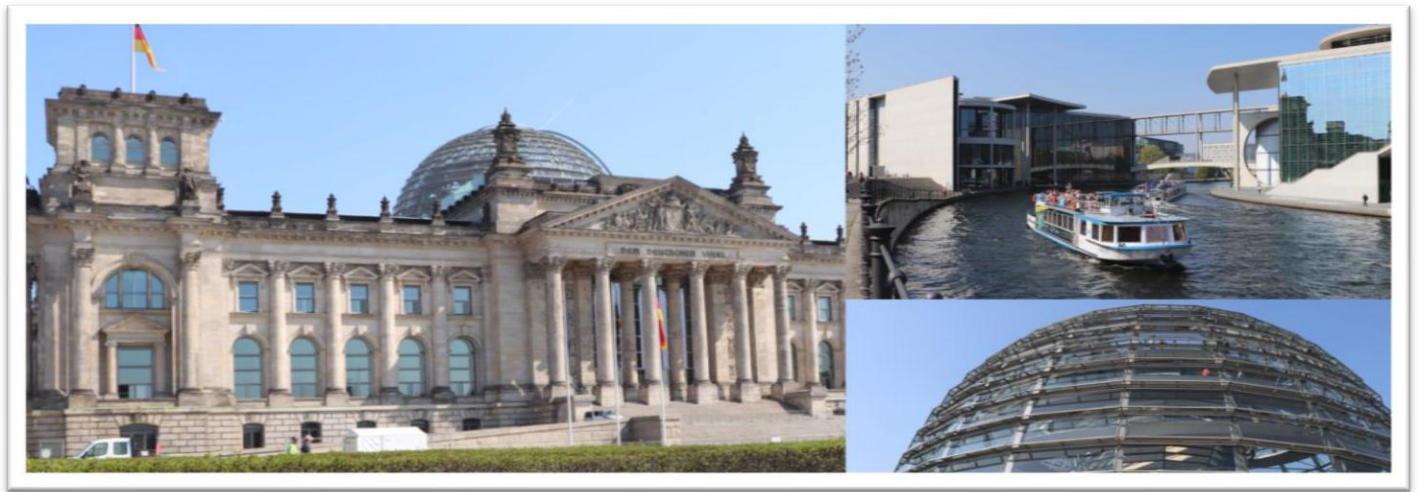
Aus dem Parlament

Quasi in letzter Minute hatte sich der Koalitionsausschuss am 25. August 2020 auf einen Gesetzesentwurf zur **Änderung des Bundeswahlgesetzes** verständigt, der bereits für die Bundestagswahl 2021 folgende Veränderungen vorsieht:

- ✓ Die Anzahl der Wahlkreise bleibt zur BTW 2021 unverändert bei 299.
- ✓ Überhangmandate sollen mit Listenplätzen der Partei in anderen Ländern teilweise verrechnet werden.
- ✓ Bei Überschreiten von 598 Mandaten bleiben bis zu drei Überhangmandate unausgeglichen.

Bildquelle: BMF

Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass bereits das laufende Jahr – explizit die Nachtragshaushalte aus März und Juli des Jahres – eine Nettokreditaufnahme von 217,8 Mrd. und damit die Aussetzung der Schuldenbremse (Ausnahmetatbestand „außergewöhn-



Die „große Reform“ ist dann für die Bundestagswahl 2025 geplant. Dann geht es konkret um die Reduzierung der Wahlkreise von 299 auf 280.

Beschlossen wurde ferner die **Einsetzung einer Reformkommission**, die sich mit weiteren Fragen des Wahlrechts, u.a. auch mit dem Wahlrecht ab 16 Jahren, der Dauer der Legislaturperiode und Maßnahmen der gleichberechtigten Akzeptanz von Frauen und Männern auf den Kandidatenlisten und im Deutschen Bundestag beschäftigen. Die Ergebnisse sollen bis zum 30. Juni 2023 vorliegen.

Das Votum am 08. Oktober im Deutschen Bundestag fiel erwartungsgemäß aus: Die Große Koalition stimmte mehrheitlich dafür; die Opposition dagegen. Außer Frage steht, dass die Änderung des Wahlgesetzes nicht als „großer Wurf“ bezeichnet werden kann. Aktuell war es aber der einzig erzielbare Kompromiss, auf den sich die Vertreter der Koalition im Ausschuss verständigen konnten.

Seit sieben Jahren wird um eine Reform und damit vor allem um eine Verkleinerung des Bundestages gerungen.

Und selbstkritisch lässt sich festhalten: Die CDU/CSU – Fraktion rang dabei vielfach selbst mit der viel beschworenen Geschlossenheit in eigenen Reihen. Der Widerstand in der eigenen Fraktion war auf der Zielgeraden dieser Legislaturperiode – insbesondere von den Trägern der blau-weißen Raute – so stark, dass derzeit nur eine sehr moderate Reduzierung der Wahlkreise geschlossen mitgetragen wurde.

Auch wenn ich ab der nächsten Legislaturperiode das Geschehen von außen betrachten werde, werde ich dafür, dass eine weitere Verkleinerung des Bundestages

notwendig ist und der Arbeitsfähigkeit des Parlaments zu Gute kommt. Die komplexen Rahmenbedingungen, so auch die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts sind dabei ausgewogen zu betrachten, denn mit einer Reduzierung allein ist es nicht getan. Kein leichtes Unterfangen!

Was bedeutet eine Reduzierung der Wahlkreise für den Wahlkreis 10 Herzogtum-Lauenburg/Stormarn-Süd? Der Wahlkreis ist von seiner Größe – gemessen an der Bevölkerungszahl – nicht in seiner Existenz bedroht. Eine Reduzierung der Wahlkreise würde zu einer Veränderung des Zuschnitts einiger Wahlkreise führen; mein Wahlkreis gehörte schon bei der Bundestagswahl 2017 mit rund 16% über der gesetzlich verankerten Soll-Einwohnerzahl zu den großen Wahlkreisen. Insofern ist – allenfalls eine moderate – Verkleinerung denkbar, aber angesichts der natürlichen geographischen Einschränkungen (angrenzend M-V, HH und Niedersachsen.) eher nicht zu erwarten.

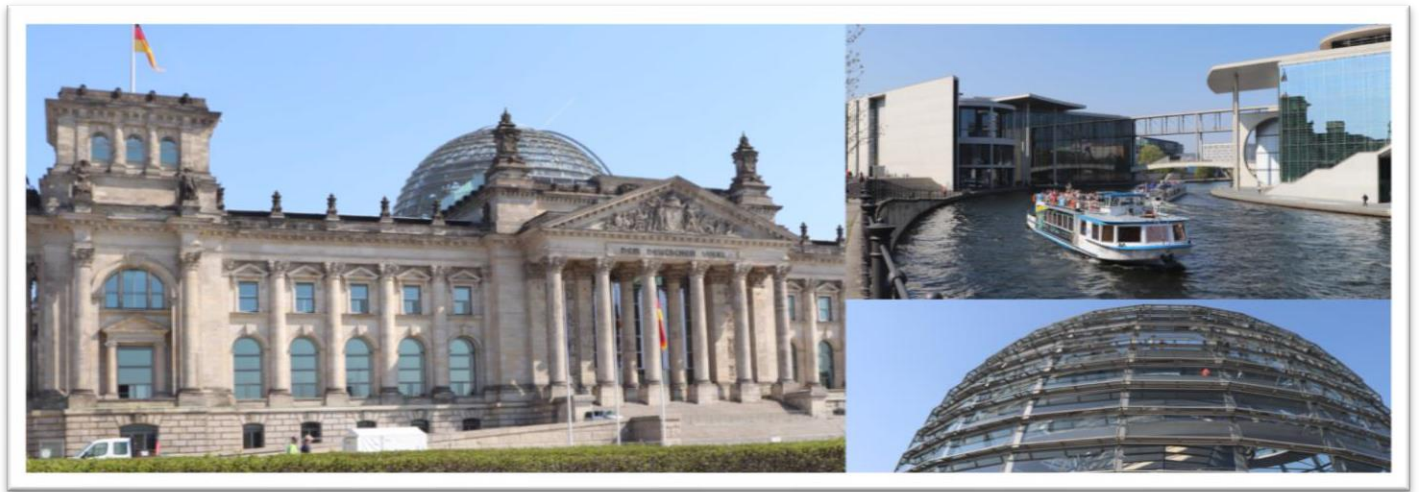
Gute Nachrichten für den Wahlkreis

Mein Einsatz zahlt sich aus: Die Haushaltsberatungen 2021 begannen für den Wahlkreis vielversprechend!

Erster Profiteur war das **Helmholtz- Zentrum** in Geesthacht. Ab 2021 wird der Bund über 2,43 Mio. EUR jährlich für ein neues Labor für Fertigungstechnik investieren.

Grund zur Freude gab es auch bei der **Bundespolizei am Standort Ratzeburg**. Die jahrelangen Bemühungen haben Früchte getragen: Ein Grundstückszukauf legte die notwendige Basis für eine Erweiterung und so wird der Bund 9,5 Mio. EUR in den Standort investieren.

Ein klares Bekenntnis des Bundes – sowohl für den Forschungsstandort Geesthacht als auch für den



Bundespolizeistandort Ratzeburg. Ich freue mich sehr, dass in meinem letzten Abgeordnetenjahr diese zukunftsweisenden Entscheidungen gefallen sind.

Und es gibt auch Neuigkeiten zum **Ausbau der Elbe-Lübeck-Kanals**: Der **Neubau der Schleuse Witzeetze** wird als nächste Maßnahme ausgebaut. Im Entwurf des Bundeshaushaltes 2021 stehen für Planungen und Vorarbeiten 13 Mio. Euro zur Verfügung. Mit der Veranschlagung im Bundeshaushalt können nun Umweltgutachten, Bodenproben und weitere Maßnahmen beauftragt werden, um das Planfeststellungsverfahren zu beginnen und bis zum Ende zu bringen.



Bildquelle: Büro Brackmann, Berlin

Die Mittel sind aber nicht nur für die Planungen der Schleuse bestimmt, sondern auch für die Neubauplanungen der Kanalbrücke Witzeetze. Schleuse und Brücke werden zusammen geplant und gebaut. Das macht die Aufgabe so herausfordernd und komplex. Die Schleuse Witzeetze ist nun die erste von insgesamt

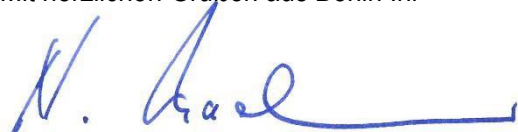
sechs Schleusen, die am Elbe-Lübeck-Kanal neu gebaut werden. Die Schleuse Lauenburg wurde bereits 2006 erweitert und für die Durchfahrt des sog. Großmotorgüterschiffes angepasst. Nach Witzeetze sollen die fünf nördlichen Schleusen – Donnerschleuse, Behlendorf, Berkenthin, Krummesse, Büssau – an die benötigten Abmessungen angepasst werden. Es geht voran und gemeinsam mit Detlef Wöhl-Bruhn, Mitglied des CDU-Kreisverbandes Herzogtum Lauenburg und des Ortsverbandes Witzeetze, habe ich mir zuletzt vor wenigen Tagen ein Bild vor Ort gemacht.

Landauf landab signalisieren die steigenden Corona-Zahlen, dass wir weiterhin mit Vorsicht und Bedacht agieren müssen. Seit der letzten Sitzungswoche gilt **im gesamten Bundestag und allen Verwaltungsgebäuden eine Maskenpflicht**. Eine richtige Entscheidung!

Ich hoffe sehr, dass auch bundesweit eine einheitliche Verständigung auf notwendige Maßnahmen erreicht werden kann. Abgestimmtes Agieren schafft Vertrauen; ein Flickenteppich, wie man bisher die unterschiedlichen Regelungen in den Bundesländern beschreiben kann, bietet Zweiflern und Corona-Leugnern nur unnötigen Nährboden.

Bleiben Sie gesund und kommen Sie gut durch diese bewegte Zeit!

Mit herzlichen Grüßen aus Berlin Ihr


Norbert Brackmann